

Betreff: GEMEINSAM in POPPENBÜTTEL: Ohlendieck #19: Keine Einigung zur Größe:
Erneute Falschmeldung zur Einigung auf 300 Wohneinheiten im HeimatEcho
Datum: Mittwoch, 6 Jan 2016 14:20
Von: Ohlen Dieck <Ohlen.Dieck@web.de>
An: Ohlen.Dieck@web.de

GEMEINSAM IN POPPENBÜTTEL e.V.i.G.

Liebe interessierte Nachbarschaft,

Zusammenfassung:

1. **Eilmeldung:**

In der heutigen Ausgabe des **HeimatEcho** findet sich auf Seite 2 **erneut eine irreführende Darstellung zu einer angeblichen "[Einigung um Poppenbütteler Berg](#)".**

Dazu unsere erneute Klarstellung zur Abstimmung unseres Forderungskatalogs mit den Regierungsfractionen im Bezirk Wandsbek im Dezember, als Eingabe für die Vorbereitung der Unterlagen für die öffentliche Planungsdiskussion im Januar:

=> Es gab und gibt keinen Kompromiss, keine Einigung zum Thema Größenordnung!

Dies greift der Artikel nur schwach und wenig deutlich auf: "Die örtlichen Initiativen stehen dem Bau einer Flüchtlingsunterkunft zwar grundsätzlich positiv gegenüber. **Sie fürchten dennoch eine Überdimensionierung, bei der eine gute Integration kaum möglich sei.**"

2. **Vorschau:**

Eine Auswertung der gestern im Rahmen der Drucksachen der politischen Bezirksgruppen veröffentlichten **Zwei Vorschläge für die Bebauung mit den Festbauten** ist in Arbeit und **folgt umgehend** mit den aktuellen Terminankündigungen in einem weiteren Newsletter dieser Tage.

I. Klarstellung im Detail: **Es gab und gibt keinen Kompromiss, keine Einigung zum Thema Größenordnung!**

Hierzu auch eine öffentliche **Bestätigung im Hamburger Abendblatt** von vor Weihnachten:

21.12.15 Integration: Umdenken statt stur planen

"In **Poppenbüttel** wiederum musste die Bürgerinitiative erleben, wie Sozialdemokraten und Grüne nach einem Gespräch kurzerhand davon sprachen, die Bürger hätten die geplante Aufstockung der Unterkunft von 170 auf 300 Wohnungen akzeptiert, obwohl das gerade nicht so war." => [Abendblatt](#)

Siehe dazu **GEMEINSAM in POPPENBÜTTEL vom 19.12.15:**

[Newsletter #18 Poppenbütteler Berg / Ohlendieck](#): Aktuelle Klarstellung nach Bezirksversammlung Dez + Petition zur Begrenzung der Größe + Juristische Überprüfung **im betreffenden Auszug:**

Aufgrund der missverständlichen Pressedarstellungen und Aussagen der Regierungsfractionen auf der Bezirksversammlung am letzten Donnerstag, 17. Dezember sehen wir uns veranlasst, vor Weihnachten doch noch **eine wichtige Klarstellung** zu versenden:

- Am 1. Dezember hatten wir unsere bereits ausführlich berichteten => **"1+9=10" Forderungen** als "Erfolgsfaktoren zur konkreten Bauplanung" als Eingabe bei der Bezirksversammlung eingereicht.
Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass diese 10 Punkte zunächst **nur die kurzfristigen Aspekte für die Diskussion der Bebauungsplanänderung** abdecken sollten. Darüber hinaus werden wir **genauso die Stärkung der relevanten Umfeld-Themen** (Sicherheit, Nahverkehr, Bildung, Kitas, Gesundheitsversorgung, Integration, Sozialstruktur, Quartiersmanagement, etc.) im Rahmen der nächsten Schritte adressieren (u.a. in den Beteiligungsworkshops).
- Daraufhin wurde unsere Eingabe relativ spontan in einem **"Arbeitstreffen der Multiplikatoren"** am 2. Dezember mit Vertretern der Bezirksverwaltung, den Regierungsfractionen SPD und Die Grünen, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden der Hamburger Bürgerschaft Herrn Dr. Andreas Dressel, sowie den Bürgerinitiativen Poppenbüttel-hilft und **GEMEINSAM in POPPENBÜTTEL** durchgesprochen. Aus unserer Sicht war dies die Gelegenheit, die Punkte konstruktiv in die **Vorbereitung der Unterlagen für die öffentliche Plandiskussion im Januar** einzubringen, schon aus Prozesssicht keine vorweggenommene "Verhandlung".
- Dabei haben die Regierungsfractionen von SPD und Grünen, sowie die Bezirksverwaltung unsere sorgfältig vorbereiteten Argumentationen gewürdigt und es kam zur **Zustimmung in 8 der "...+9" konkreten Aspekten zur Berücksichtigung bei der Bauplanung**. Dies wurde auch so in der Bezirksversammlung am Donnerstag erneut bestätigt.
Lediglich der Aspekt der "durchmischten Belegung der Sozialwohnungen auch mit §5-Schein-Berechtigten ohne Flüchtlingsstatus" kann aufgrund einer rechtlichen Hürde (noch nicht) entsprochen werden. (Hintergrund siehe die => [Drucksache der Bezirksversammlung](#)).

=> Keine Einigung gab es zu unserem vorangestellt ersten ("1+..."), und somit für uns wesentlichen Punkt: Der Forderung nach einer Begrenzung auf 170 Wohneinheiten konnte nicht entsprochen werden, wie schon an anderen Stellen von den Regierungsfractionen mehrfach begründet.

Daher wurde dieser Aspekt auch in dem weiteren Gesprächsverlauf nicht in den direkten Zusammenhang mit den anderen "...+9" Punkten der konkreten Bauausführungen gestellt, sondern **nach anfänglicher, leidenschaftlicher Diskussion und fehlendem Konsens zurückgestellt**, um auf der darüber entscheidenden Stadt- bzw. Bürgerschafts-/Senatsebene adressiert zu werden.

- Sowohl die **Zusicherung der anerkannten Punkte zur konkreten Bauausführung**, als auch die **Ablehnung der Begrenzung** haben die Regierungsfractionen SPD und Die Grünen so auch in ihrem Debattenbeitrag **in der Bezirksversammlung am 17. Dezember bestätigt**, und mit ihrer Mehrheit als Reaktion auf unsere Eingabe verabschiedet. Siehe hierzu die => [Drucksache der Bezirksversammlung](#).
- Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende der Bürgerschaft, Herr Dr. Andreas Dressel, hat uns in den letzten Tagen bestätigt, dass er unsere Forderung nach Reduzierung auf 170 Einheiten aus den bekannten Gründen nicht unterstützen kann, aber "bereits auf Landesebene weitergeben hat".

=> Wie daraus in der Pressemeldung der Regierungsfractionen SPD und Grüne von einem "Kompromiss", gar einer daraus in der Presse abgeleiteten "Einigung zum Thema Größenordnung" am Poppenbütteler Berg gefolgert werden konnte, ist für uns (und inzwischen auch den Vertretern der Presse) **nicht nachvollziehbar**.

=> **Unbestritten ist jedoch der sachliche und konstruktive Dialog zu allen auch kontrovers diskutierten Aspekten, den alle Gesprächspartner auch zu den noch ausstehenden Punkten auf dem weiteren Weg fortsetzen wollen.**

=> Wie bereits angekündigt und in unseren Newslettern und auf unserer Website dargelegt, **werden wir diesen Aspekt und die Stärkung der relevanten Umfeld-Themen** (Sicherheit, Nahverkehr, Bildung, Kitas, Gesundheitsversorgung, Integration, Sozialstruktur, Quartiersmanagement, etc.) **weiterhin mit Leidenschaft und Überzeugung konstruktiv verfolgen und deutlich einfordern.** Warum wir die Integrationsfähigkeit bei einer größeren Anzahl von Wohneinheiten als Überforderung sehen, haben wir auf unserer Website und in der [Begründung des Forderungskatalogs](#) auf Seite 1 zusammengefasst.

II. Unsere gemeinsame Petition zur Begrenzung der Größenordnung

✘ Wenn Sie es noch nicht getan haben:

Unterstützen Sie unseren => [Forderungskatalog](#) zur **Begrenzung der Größe der Folgeunterkunft Poppenbütteler Berg/ Ohlendieck auf 170 Wohneinheiten und zur Gestaltung des Bebauungsplans "Poppenbüttel 43" durch
=> [Beteiligung an der Petition "1+9=10"](#).**

Es versteht sich dabei von selbst: Sämtliche erforderlichen Adressdaten werden gewissenhaft für eine später erforderliche Dokumentation gegenüber den Bezirksgremien verwaltet und sind bei uns nur ausgewählten Einzelpersonen zugänglich, um den erforderlichen Datenschutz und Diskretion sicher zu stellen.

III. Zwischen unseren Newslettern finden Sie immer die aktuellsten Informationen

auf unserer Website GEMEINSAM in POPPENBÜTTEL => www.gemeinsam-in-poppenbuettel.de

Diese Informationen dienen ausschließlich persönlichen und privaten Zwecken. Sie wurden und werden im privaten Austausch gelesen und unterstützt von **über 600 Anwohnern** aus den Straßen Ihrer Nachbarschaft der umgebenden Wohngebiete in Poppenbüttel.

Die Autoren sind eine Gruppe von Anwohner aus Poppenbüttel und vertreten keine politischen Interessen. Sie übernehmen keinerlei Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen in diesem Dokument, auch wenn diese nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse einer transparenten Information recherchiert und zusammengestellt wurden. Entsprechend der Transparenz wurden überall, wo vorhanden, Quellenhinweise hinterlegt.

Haftungsansprüche gegen die Autoren, welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Im Falle einer Weiterverwendung oder Veröffentlichung dieser Information ist der jeweilige Autor dafür verantwortlich, die Quellenangaben zu überprüfen und seine eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies gilt auch für die angeführten Internet-Links: Mit Urteil vom 12. Mai 1998 - 312 O 85/98 - "Haftung für Links" hat das Landgericht (LG)Hamburg entschieden, dass man durch das Setzen eines Links, die Inhalte der gelinkten Seite ggf. mit zu verantworten hat. Dies kann - so das LG - nur dadurch verhindert werden, dass man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanziert. Hiermit distanzieren wir uns ausdrücklich von dem Inhalt der verlinkten Seiten sowie davon weiterleitenden Links.